AG 2 – Wirtschaft, Industrie und Tourismus

Automobilindustrie

Wir wollen auch in Zukunft eine starke Automobil- und Zulieferindustrie als Schlüssel-Industrie und Arbeitsplatzgarant für unser Land. Die Förderung der regionalen Transformations-Netzwerke und -Hubs werden wir dazu auch über 2025 hinaus fortführen. Wir setzen uns auf europäischer Ebene aktiv dafür ein, Strafzahlungen für Automobilhersteller zu vermeiden [und die Grenzwertregulierung schrittweise auslaufen zu lassen, um eine doppelte Belastung durch die CO2-Flottenregulierung und die Aufnahme in das EU-Emissionshandelssystem ab 2027 zu vermeiden.] Die Überprüfung der CO2-Reduktionsziele für schwere Nutzfahrzeuge und Trailer ist vorzuziehen. Eine Elektrifizierung der Fahrzeugflotten begrüßen wir grundsätzlich, eine pauschale gesetzliche Quote lehnen wir jedoch ausdrücklich ab.

[Das Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 muss rückgängig gemacht werden. Der gesamte Lebenszyklus eines Fahrzeugs soll zukünftig in die CO2-Bilanz einbezogen und Flottenregulierung entsprechend überabreitet werden. Alle Kraftstoffe, die einen Beitrag zur CO2-Reduktion leisten, sollen anerkannt werden.] [Wir stehen wir zu den Flottengrenzwerten und dem Ziel, EU-weit ab 2035 nur noch Nullemissions-Fahrzeuge zuzulassen.]

Wir wollen die E-Mobilität mit folgenden Kaufanreizen fördern:

1. [Eine Kaufprämie von x.xxx EUR oder eine steuerl. Förderung (analog §35c EstG)]

2. Eine steuerliche Begünstigung von Dienstwagen durch eine Erhöhung der Bruttopreisgrenze bei der steuerlichen Förderung von E-Fahrzeugen auf 100.000 EUR

3. Eine Sonder-AfA für E-Fahrzeuge

4. Die KfZ-Steuerbefreiung für Elektroautos bis zum Jahr 2035

5. [Ein Social-Leasing-Programm für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen]

6. Eine Förderung von Plug-In-Hybrid-Technologe (PHEVs) und Elektrofahrzeugen mit Range-Extender (EREV) und entsprechende Regulierung auf europäischer Ebene.

7. Den beschleunigten Ausbau und die Sicherstellung der Finanzierung eines flächendeckenden, bedarfsgerechten und nutzerfreundlichen Ladenetzes und des Schnellladenetzes für PKW und LKW und die stärkere Förderung des gewerblichen Depotladens

8. [Einer Tankstellenversorgungs-Auflage für Schnellladesäulen]

9. Befreiung emissionsfreier LKWs von der Mautpflicht über das Jahr 2026 hinaus

10. Förderung einer Wasserstoff-Ladeinfrastruktur für Nutzfahrzeuge

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass autonomes Fahren in den Regelbetrieb kommt. Wir werden den Aufbau der Batteriezellfertigung inklusive der Rohstoffgewinnung, des Recyclings und des Maschinen- und Anlagenbaus fördern. In der Stahl- und Automobilindustrie stehen wir vor enormen strukturellen Herausforderungen. Gleichzeitig muss die Verteidigungsindustrie sehr zügig und im großen Maßstab skalierbar wachsen. Wir prüfen daher, wie die Umrüstung und Ertüchtigung vorhandener Werke für die Bedarfe der Verteidigungsindustrie unterstützt werden können.

Maritime Wirtschaft

Wir setzen uns für eine europäische maritime Strategie ein, die die Wettbewerbsfähigkeit des Schiffbaus, der Schiffbauzulieferer und der maritimen Technologien stärkt. Wir sind auf eine wett-bewerbsfähige Hafeninfrastruktur mit guter Hinterlandanbindung angewiesen, die auch militäri-sche und energiepolitische Erfordernisse berücksichtigt.

Wir werden den Einstieg deutscher Werften in die Produktion von Offshore-Konverterplattformen unterstützen, etwa durch Bürgschaften. Wir werden die nationale Hafenstrategie als gesamtstaatli-che Aufgabe umsetzen und uns über die Finanzierung der Maßnahmen mit den Ländern in der ersten Hälfte der Legislaturperiode verständigen. Das maritime Forschungsprogramm für den Schiffbau werden wir zukunftsfähig weiterentwickeln (u.a. Dekarbonisierung von Antrieben, Un-terwasserrobotik und höhere Autonomie der Schiffsführung). Wir setzen uns für eine einheitliche Tonnagesteuer für die Hochseeschifffahrt in der EU ein.

Tourismus

Wir werden eine neue nationale Tourismusstrategie erarbeiten, die sowohl wirtschaftliche als auch nachhaltige Aspekte berücksichtigt und die Themen Tourismusakzeptanz, Lebensraumgestaltung und Digitalisierung in den Fokus rückt.

Wir heben über die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) die vorhandene Wirtschaftspotentiale bestmöglich und gewährleisten die institutionelle Förderung der DZT, die mindestens auf dem Ni-veau des Jahres 2024 liegen sollte. Wir stärken die Attraktivität Deutschlands als Reiseziel.

Wir ergreifen Maßnahmen, um die Anbindung und Konnektivität der Reisedestination Deutschland zu sichern, u.a. durch den Ausbau des Schienen- und Flugverkehrs. Wir entwickeln außerdem die Insolvenzabsicherung von Pauschalreisen durch den Reisesicherungsfonds unter Wahrung des Si-cherungsniveaus und der EU-rechtlichen Vorgaben weiter, um die Kostenbeiträge für die Unter-nehmen zu senken. Dabei sind finanzielle Risiken für den Bundeshaushalt auszuschließen. Ange-sichts der Belastungen des Gastgewerbes durch steigende Preise und der aktuell schwachen Kon-junktur führen wir dauerhaft die reduzierte Umsatzsteuer von sieben Prozent auf Speisen ein.

Industriestandort Deutschland stärken

Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze basieren in Deutschland in besonderem Maße auf einer starken und wettbewerbsfähigen Industrie. Wir gehen mit dem Strompreispaket einen großen Schritt, um wettbewerbsfähige Energiepreise für die Industrie zu gewährleisten. Die Gasspeicher-umlage werden wir abschaffen. Unser Ziel sind dauerhaft niedrige und planbare, international wettbewerbsfähige Energiekosten. Wir werden bei Bedarf nachsteuern. Das Wasserstoffkernnetz muss deutschlandweit die industriellen Zentren anbinden, auch im Süden und Osten Deutschlands. Wir werden den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft beschleunigen und pragmatischer ausgestalten. Im Hochlauf müssen wir alle Farben nutzen. Wir werden umgehend nach Beginn der Wahlperiode ein Gesetzespaket beschließen, das die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) insbesondere für schwer vermeidbare Emissionen des Industriesektors [und für Gaskraftwerke] ermöglicht.

Die Dauer von Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen ist ein kritischer Faktor für die Wett-bewerbsfähigkeit wie auch für die Transformation der Industrie. Diese wollen wir spürbar verkür-zen und dazu auch die die Industrie betreffenden EU-Richtlinien 1:1 umsetzen. Die

Abwanderung energieintensiver Unternehmen aufgrund unterschiedlicher Klimaschutzstandards (Carbon Leaka-ge) wollen wir verhindern.

Wir unterstützen die Vorschläge der KOM im Rahmen des Omnibus-Paketes zur Vereinfachung des CBAM aktiv. Wir wollen CBAM unbürokratischer und effizienter machen. Wir setzen uns außerdem für einen Ausgleich für Exporte bei den von CBAM erfassten Produkten ein. Sollte ein effektiver Carbon Leakage Schutz über den CBAM nicht gelingen, werden wir die Wettbewerbsfähigkeit für exportorientierte Branchen weiterhin über die kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten regeln. Wir wollen als marktgerechtes Instrument Leitmärkte für klimaneutrale Produkte schaffen, z.B. durch Quoten für klimaneutralen Stahl, eine Grüngasquote oder vergaberechtliche Vorgaben. Wir werden den Klimaclub stärken.

Das Beihilferecht muss fairen Wettbewerb innerhalb der EU garantieren, in Zukunft aber die Stär-kung der europäischen Wirtschaft im globalen Wettbewerb höher gewichten. Wir setzen uns für schnellere und schlankere Beihilfeverfahren ein. Beim IPCEI-Verfahren streben wir eine Stärkung, Vereinfachung und Beschleunigung an. Deutschland beteiligt sich am IPCEI Med4Cure.

Wir werden die Förderregeln und die -praxis für Industrieansiedlungen und Großvorhaben moder-nisieren und bürokratische Hürden abbauen. Wir werden auch die Förderprogramme zur Dekar-bonisierung der Industrie, u.a. die Klimaschutzverträge, fortsetzen. [Staatliche Förderung binden wir an Sozialpartnerschaft, Tariftreue und Standortsicherung.] Die industrielle KI werden wir durch eine innovationsfreundliche Regulierung stärken, die die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivi-tät verbessert.

Die Stahlindustrie ist von zentraler strategischer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutsch-land. Wir werden sie erhalten und zukunftsfähig machen und sie bei ihrer Umstellung der Produk-tionsprozesse auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen. Dazu wollen wir ihr auch die Nut-zung von CCS-Technologien ermöglichen. Auch das konsequente Recycling von Stahlschrott kann kurzfristig stark zur Dekarbonisierung beitragen und bedarf daher entsprechender Unterstützung. Die Bundesregierung wird sich für eine effektive Nachfolgelösung für die 2026 auslaufenden EU-Safeguards einsetzen.

Wir werden Deutschland zum weltweit innovativsten Chemie-, Pharma- und Biotechnologiestand-ort machen. Gemeinsam mit Ländern, Unternehmen und Gewerkschaften werden wir eine Che-mieagenda 2045 erarbeiten. Ein Totalverbot von Stoffgruppen lehnen wir ab. Wir setzen uns für einen ausgewogenen europäischen Regulierungsrahmenmit einem risikobasierten Ansatz in der Chemikalienpolitik ein, z. B. bei REACH. Die Zulassung von Anlagen im immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren werden wir vereinfachen und die Kreislaufwirtschaft und das chemische Recycling von Kunststoffen unterstützen. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Produk-tion von Arzneimitteln, Wirkstoffen und Medizinprodukten werden wir weiter verbessern und dazu die Nationale Pharmastrategie weiterentwickeln.

Die Biotechnologie wird als Schlüsselindustrie gefördert und ihre Anwendungen regulatorisch er-leichtert, auch mit Blick auf die neuen genomischen Techniken. Gründungen in diesem Bereich werden wir über bessere Bedingungen zur Mobilisierung von Wagniskapital unterstützen.

Wir werden Deutschland als führenden Standort für Mikroelektronik ausbauen. Dazu werden wir Investitionen unter dem European Chips Act und dem IPCEI-Rahmen weiterhin fördern.